Zwischenbericht

STEFAN HEYM

Nun ist es also geschehen: Immer näher kam das Rudel dem schlingernden Schlitten, hechelnd und heulend, und einer mußte den Wölfen geopfert werden – der Schwächste. Ihm und zwei seiner glücklosen Getreuen, dem Wirtschafts- und dem Medienboß, werden sie jetzt alles aufhalsen, die schlechte Versorgung, das miserable Fernsehen, die Massenflucht, die ganze Misere der DDR.

Aber wie sicher sitzt der Rest? Und was ändert sich unter dem neuen Kutscher? Werden die Pferde besser? Die Wölfe weniger hungrig? Und wohin soll nun die Reise gehen?

Immer noch haben sie, als Leitstern, nur ihre halbherzige und doppelsinnige Erklärung vom 11. Oktober, in welcher sie zusagten, sie wollten gemeinsam mit dem Volke in einer starken sozialistischen DDR die Schwelle zum nächsten Jahrtausend überschreiten und würden der Partei und dem gesamten Volk im Sinne der strategischen Konzeption von Kontinuität und Erneuerung Vorschläge unterbreiten, die auf den tausendfach geführten Diskussionen in den Parteiorganisationen der SED und auf den Vorschlägen und Überlegungen von Werktätigen aus allen Teilen der Republik beruhten.

Statt dessen rollten drei greise Köpfe.

War das die Wende? Soll das alles gewesen sein? Ein halbwegs neuer Mann und ein schon angewelkter Text?

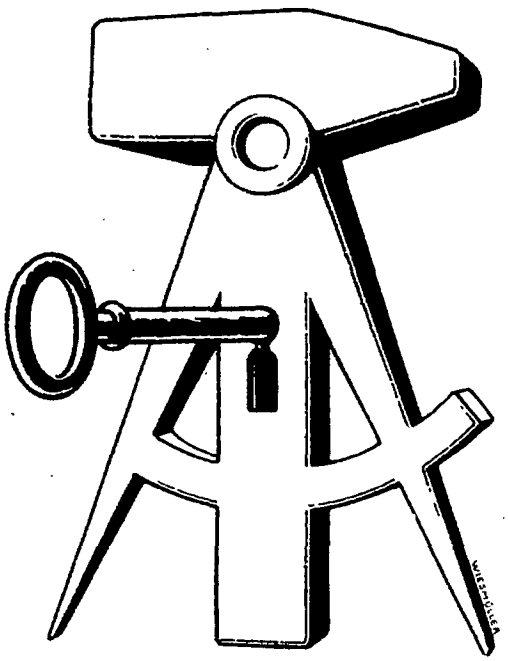
Nicht daß das tektonische Beben, das dem vorherging, auf der nach oben offenen Skala für politische Erschütterungen so niedrig einzustufen wäre wie dieser Text unter den Dokumenten der Weltgeschichte; Blut floß kaum, aber für eine Weile hing alles in der Schwebe, Straßenkämpfe oder nicht, Tien An Men vor der Tür von Auerbachs Keller, mit schlimmen Folgen für Gleichgewicht und Frieden in Europa; dann zog irgendein Ungenannter – war es wirklich schon der Neue? – die Eingreiftruppen zurück, bevor sie noch zuschlagen durften, und 50 000, oder waren es ihrer 70 000, und beim zweiten Mal 150 000 gar, liefen friedlich und unbehelligt über den Leipziger Ring und riefen im Chor: „Wir sind das Volk!" – und bei Gott, sie waren es; späte Rechtfertigung der Rosa Luxemburg, die immer von der Spontaneität der Massen gepredigt hatte.

Dies war der historische Moment, in solcher Klarheit selten zu erkennen, da die Quantität des alten Professors Hegel in eine neue Qualität umschlug und wenigstens dieser Aspekt des Marxismus sich bestätigte – und wir können sagen, wir sind dabeigewesen.

Wenn sie uns nur nicht die Hoffnung für den Sozialismus, den neuen, den besseren, wieder kaputtmachen mit ihren schiefen Worten, die DDR-Ajatollahs, die immer alles gewußt haben und die, kaum daß es ihnen zehn Sekunden lang den Atem verschlug, schon wieder den Ton anzugeben suchen. Glauben sie wirklich, mit dem Opfer von drei armen Schlukkern dem sozialistischen Weltgeist Genüge getan zu haben?

Der kleine Junge, der da ausrief, der Kaiser habe ja gar nichts an, muß nach seinem epochemachenden Ruf recht zwiespältige Gefühle gehabt haben: Wohl wird er, einerseits, Genugtuung empfunden haben, daß er gegen all das Hoch-und-Hussa-Geschrei der Menge recht behalten hatte, andererseits aber, und dies Gefühl verstärkte sich gewiß noch im Laufe der Zeit, dürfte der allgemeine Schwenk ins Gegenteil ihn auch angewidert haben: welch Helden, die sich nun gar nicht genugtun konnten, den armen Kaiser zu verlachen.

Das Verhalten zahlreicher Bürger nach dem 11. Oktober 1989 in der Deutschen Demokratischen Republik erinnert peinlich an Gesamtdeutschland im Mai 1945: Auch damals waren die Tüchtigeren unter den Volksgenossen sofort bemüht gewesen, die Kurve zu kriegen, und Nazis hatte es so gut wie keine gegeben, alle waren sie heimliche Widerstandskämpfer oder hatten zumindest jüdische Großmütter.



Jetzt mokiert sich der Präsident des Schriftstellerverbandes über die Jubelveranstaltung, die er selber zwei Tage vor seinen neuen Erkenntnissen noch in einem Theater der Hauptstadt hatte abhalten lassen, und wundert sich laut, welche Kraft es wohl sei, die junge Frauen veranlasse, ihre Kinder über Botschaftszäune zu reichen. Und er ist nur einer von denen, deren Zunge über Nacht von einer Seite ihres Mundes auf die andere rutschte.

Leid können einem die kleinen Mitglieder der Partei tun, die so lange an die Verkündigungen ihrer Oberen und an die Autorität der nun Abgehalfterten geglaubt haben, und die armen Arbeiter, die, aufgefordert von ihren Parteisekretären, vor wenigen Wochen noch Briefe schrieben zur Veröffentlichung im Zentralorgan, wie diesen hier:

> Wer so seine Heimat und Freunde verläßt, dem haben sie nie etwas bedeutet. Sie sollten das Recht verwirkt haben, diese Heimat je wieder zu betreten. Sie haben ihre Wahl getroffen, ein Zurück darf nicht ermöglicht werden.

Und sympathischer als die ganze Schar derer, die ihr Mäntelchen nach dem plötzlich veränderten Winde hängen, wirken da allemal noch die alten Stalinisten, deren Hirnwindungen sich nicht so rasch umpolen lassen: Hat einer das Zittern der Hand bemerkt, als auf der Tribüne der Genosse Honecker die Brille zurechtschob, um noch einmal, am Vorabend des 40. Jahrestags seiner Republik, im Flackern der Fackeln Begeisterung auf den Unter den Linden vorbeiziehenden kindlichen Gesichtern zu suchen?

Als Honecker, das ist schon ein paar Jahre her, sich gegen die Verfilmung von Plenzdorfs „Neuen Leiden des jungen W." aussprach, einer Modernisierung des Goetheschen Werther, soll er gesagt haben, er habe nicht Jahre im Zuchthaus gesessen, damit jetzt die jungen Menschen sich selber umbrächten.

Und heute? Seine Jahre im Zuchthaus, damit diese selben jungen Menschen zu Zigtausenden von ihm weglaufen? Sind sie nicht sämtlich in seiner DDR aufgewachsen, wurden sie nicht in den Schulen seiner Frau Margot, der Ministerin, erzo-

gen? Was ist da schiefgegangen, und wo? War er nicht immer besten Willens? Und besten Glaubens?

Da schreiben sie nun in ihrer Politbüro-Erklärung, die führenden Genossen, nachdem sie sich zunächst einmal gelobt haben für 40 Jahre unbestreitbarer Leistungen, welche sie gemeinsam mit dem Volke erbracht: Es lasse sie keineswegs gleichgültig, wenn so viele Menschen sich von unserer Deutschen Demokratischen Republik lossagten.

Und zu den Ursachen dafür: Diese möchten vielfältiger Art sein, und wir müßten und würden sie auch bei uns suchen. Und klopfen sich dann auf die Brust und verkünden: Wir stellen uns der Diskussion! – und mehr noch: DDR, Sozialismus und Frieden gehörten für immer zusammen mit Demokratie und Freiheit.

Ähnlich bemerkenswert klingt: „Die Hauptfrage für die weitere Demokratisierung des Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik ist und bleibt, daß die Volksmassen durch ihre Mitarbeit und Aktivität diesen Prozeß bestimmen und dazu beitragen, alle bürokratischen Hemmnisse zu überwinden, die demokratische Gesetzlichkeit zu sichern und die gewählten Volksvertretungen voll zur Geltung gelangen zu lassen." Und weiter: „Es darf keine Einschränkung der freien Meinungsäußerung geben. Jedes Bevormunden und Kommandieren muß unterbleiben."

Und schließlich: „Unsere Agitation und Propaganda erweckt manchmal den Anschein, als ob es in der Deutschen Demokratischen Republik keinerlei Schwierigkeiten gebe und alles glattgehe. Auch die oft noch vorhandene Schwarzweißmalerei in der Gegenüberstellung der Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland ist schädlich."

Doch halt! – das stammt gar nicht aus dieser Verlautbarung, das wurde von dem gleichen Politbüro schon anno 1956 gesagt, nach dem 20. Parteitag der sowjetischen Kommunisten, auf dem einige Fehler des Genossen J. W. Stalin besprochen wurden.

Eine große Verwirrung ist ausgebrochen im Staate DDR nach dem Stühlerücken und den Deklamationen, die den ärgsten Ärger auffangen und dem großen Lümmel, dem Volk, bedeuten sollen, daß die oben wirklich über seine Nöte nachdächten. Sachlicher Dialog, tönt es da, und vertrauensvolles politisches Miteinander, aber wer mit wem reden soll und worüber, davon kein Wort.

Und wie das vorgetragen wird in Presse und Fernsehen, mit welcher Biederkeit, wir sind ja alle für Verbesserungen, wie denn sonst, und besonders bei der Arbeit für den Sozialismus. Was hat sich denn geändert? Der alte Ton ist geblieben und der alte Geist; und wie da abgewiegelt wird in den wiederum bestellten Briefen aus der Bevölkerung, in denen es nur so überquillt von herzlichem Vertrauen zur Führung von Staat und Partei. Da ist die Verschwörung schon wieder im Gange: die Verschwörung der verbliebenen Böcke zur Erhaltung ihrer Gärtnerposten.

Und dennoch, woher soll er denn kommen, der deutsche Gorbatschow, wenn nicht aus den Reihen dieser Partei, in einem Staat, in dem jahrzehntelang niemandem außerhalb ihrer Reihen ein ernst zu nehmendes Wort gestattet wurde? Wo, wenn nicht in der Partei, soll denn einer gelernt haben, was auf der Suche nach neuen Lösungen für die aufgestauten Probleme gebraucht wird an praktischer Politik und Personenkenntnis und Durchsetzungsvermögen?

Und wenn er jetzt noch Charisma hätte und Phantasie und das Minimum an Integrität, das ihn wohltuend abhöbe von dem Rest der Apparatschiki, und wenn er nicht nur *einer* wäre, sondern andere neben sich hätte mit ähnlichen Fähigkeiten und Erfahrungen wie er und einer ähnlichen Vision?

Statt dessen – Krenz.

Und auf der Gegenseite, unter den neuen Gruppen, die sich plötzlich gebildet haben auf dem Boden, der lange schon vorbereitet war, gleichfalls die Suche: Suche nach dem Weg zu einem Ziel, von dem vorläufig keiner so recht zu wissen scheint, wie es aussehen soll – noch Sozialismus, oder schon nicht mehr? Und wenn Sozialismus, was für einer, wie strukturiert, die Produktionsmittel wem gehörig?

Oder freie Marktwirtschaft, bitte sehr, aber mit wieviel sozialer Sicherheit, mit der berühmten Geborgenheit aller DDR-Bürger, die zur großen Faulheit führt, oder mit Arbeitslosigkeit, welche die Kumpel schon Mores lehren wird, und wer kriegt den Mehrwert, so einer erwirtschaftet wird, und von wo soll das Kapital kommen, das gebraucht wird an allen Ecken und Enden? Und die Rechtssicherheit, wer soll sie garantieren, die Genossen von der Staatssicherheit etwa? Und die neue Demokratie, diese vor allem, ja, aber mit wieviel Pluralismus, und mit Freiheit auch für ihre Feinde?

Und das alles ist zu durchdenken in kürzester Frist, Meinungsstreit eingeschlossen, denn die Zeit drängt, und die Menschen erwarten nicht nur neue Personen, sondern auch neue Antworten; und wer sollen ihre Sprecher sein, die Sprecher derer, die das Land eben nicht verlassen wollen und statt dessen ihre ungeschützten Leiber den schlagstock- und wasserwerferbewehrten Hütern der alten Ordnung entgegenstellen?

Und wann werden sie sprechen dürfen, nicht nur in Wohnküchen und Kirchen, sondern öffentlich und vor aller Ohren, auch in den Medien der Republik?

„Bestehen wird nur ein Staat, der glaubwürdig ist"

Auch nach dem Wechsel bleibt das Wort des Tages: Glaubwürdigkeit.

Nach so vielen Jahrzehnten der ewig gleichen Sprüche, das beweisen die mit den Herbstferien sprunghaft wieder gestiegenen Zahlen der über Ungarn Geflüchteten, ist das Mißtrauen der Bürger der DDR ihren Machthabern gegenüber so groß wie je. Die Leute fürchten, daß die Genossen, auch wenn sie jetzt freundlich lächelnd die Zähne zeigen, damit noch zuschnappen könnten bei passender Gelegenheit. Und man würde gern wissen, wer die Fehler untersuchen soll, die da gemacht wurden in Wirtschaft, Politik und im Umgang mit den Menschen, und die Verantwortlichen dafür feststellen – waren es nur drei? Und wer die Reformen durchführen soll und die neuen Maßnahmen? Und wie es möglich sein soll, daß die Großredner von gestern die Texte von morgen ehrlichen Herzens sprächen: Entweder logen sie damals, oder sie lügen jetzt.

Glaubwürdigkeit erwirbt man durch Taten, nicht durch Worte, seien sie noch so rührend. Glaubwürdig würden sie werden, die Genossen, an dem Tag, da die Polizei wieder ihrem eigentlichen Zweck diente, dem Schutz der Bevölkerung, und nicht deren Überwachung, und da die Mauer nur noch Zollgrenze wäre und nicht ein Alptraum auf der Brust der Menschen, und da in den Schulen der Fortschritt der Schüler nicht vom Verhalten ihrer Eltern abhängig gemacht wird und die Lehrer die simple Wahrheit lehren dürfen statt irgendwelcher immer noch unbewiesenen Thesen, und da vor Gericht es gleich ist, ob einer zur Partei gehört oder nicht, und in den Krankenhäusern dito, und da in Zeitung und Rundfunk und Fernsehen die Welt dargestellt wird, wie sie ist, und nicht, wie irgendeiner sie gesehen haben möchte, und da Staatsbeamte und Parteifunktionäre sich als Diener des Volkes betrachten und nicht als dessen Herren und Meister.

So einfach ist das, und doch so schwierig. Und wenn die, die jetzt, nach Honecker, noch in den Positionen der Macht sind, sich diese Glaubwürdigkeit nicht schaffen können, dann werden andere an ihre Stelle treten müssen. Denn bestehen wird nur ein Staat, der glaubwürdig ist, mit einer Regierung, der man vertraut; jeder andere, besonders hier in Deutschland, würde zugrunde gehen, unweigerlich.